

Prof. Dr. Norman Paech

22087 Hamburg Neubertstr. 24

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrer gestrigen Ausgabe v. 17. Juli weist Ihr Autor Horst Bacia unter der Überschrift „Unüberbrückbare Gegensätze“ dem Iran die alleinige Schuld dafür zu, dass es nie zu dem angebotenen Tausch von 1,200 kg ihres leicht angereicherten Urans gegen auf 19,75 % angereicherte Uranbrennstäbe für ihren Forschungsreaktor gekommen sei. Der Iran habe „so viele Einwände und Ausflüchte (vorgetragen), dass die Einigung (mit den USA) nicht zustande kam“. Über die Substanz der Einwände gibt er keine Auskunft. Teheran war jedoch prinzipiell zu einem Tausch bereit. Es erhielt jedoch keine feste Zusage über den Zeitpunkt, wann es mit der Rücklieferung des Brennstoffs rechnen konnte. Deshalb kam der Handel nicht zustande. Eine Absage, die angesichts des keineswegs vertrauensvollen Verhältnisses zwischen den beiden Staaten nicht unverständlich sein sollte. Der türkische Ministerpräsident Erdoğan und Brasiliens Präsident Lula da Silva erklärten sich danach bereit, zu vermitteln und holten sich im April 2010 auf dem Nuklear Security-Gipfel in New York die ausdrückliche Unterstützung Obamas. In der Tat gelang es beiden Staatsmännern, eine Übereinkunft zu erzielen, sodass sich Teheran am 17. Mai 2010 zu einem derartigen Tauschvertrag bereit erklärte. Doch jetzt winkte Obama ab und leutete die vierte Sanktionsrunde des UN-Sicherheitsrats ein. Über die Motive lässt sich nur vermuten. Es sei aber an das Interview des ehemaligen Generaldirektors der IAEA El Baradei vom April des vergangenen Jahres erinnert, in dem er leicht resigniert feststellte, dass Amerikaner und Europäer niemals an einem Kompromiss mit der Regierung in Teheran interessiert waren, nur an einem Regierungswechsel – „by any means necessary“.

Ihr Autor hätte zumindest auf folgende Tatsachen hinweisen sollen: Iran hatte schon frühzeitig in den Abkommen von Teheran im Oktober 2003 und Paris im November 2004 auf die Entwicklung eines zivilen Atomprogramms verzichtet und das Zusatzprotokoll zum Nichtweiterverbreitungsvertrag, welches unangekündigte Inspektionen seitens der IAEA vorsieht, unterzeichnet – als vertrauensbildende Maßnahme. Als die Westmächte jedoch die von Iran geforderten Sicherheitsgarantien zurückwiesen und auch die Angebote zu wirtschaftlicher Kooperation nicht überzeugen konnten, nahm Iran im August 2005 die Aktivitäten zur Urananreicherung wieder auf. Die USA reagierten und erreichten mit erheblichem politischen Druck, dass die IAEA im Februar 2006 die Akte Iran dem UN-Sicherheitsrat übersandte, um ihre Sanktionspolitik durchsetzen zu können. Präsident Ahmadinedjad wiederum zog seine Zustimmung zu dem Zusatzprotokoll zurück, was die Kontrolltätigkeit der IAEA seitdem erschwerte. Vergessen wird bei der Kritik an Iran auch, was im Safeguard Implementation Report der IAEA vom 15. Juni 2006 nachzulesen ist, dass insgesamt 45 Mitgliedstaaten des Nichtweiterverbreitungsvertrags, darunter 14 europäische Staaten, ebenfalls das

Zusatzprotokoll nicht unterschrieben haben. Iran hat angeboten, das Zusatzprotokoll wieder zu akzeptieren, wenn seine Akte zurück aus dem Sicherheitsrat der IAEA überstellt würde. Doch auch dieses Angebot ist von den USA und EU-Staaten abgelehnt worden.

Mit freundlichen Grüßen

Norman Paech